

Datenschutzinformation zum Antrag auf Unterhaltsvorschuss

Nachfolgend informieren wir Sie über die Datenverarbeitung, die im Rahmen des Antrags auf Unterhaltsvorschuss erfolgt. Wenn Sie den Antrag über den Onlinedienst www.unterhaltsvorschuss-online.de stellen, dann beachten Sie bitte auch die allgemeinen Informationen, die Ihnen bei der Anmeldung zur Online-Service-Infrastruktur gegeben wurden.

Wer ist die verantwortliche Stelle?

Für den Antrag auf Unterhaltsvorschuss datenschutzrechtlich verantwortlich ist das

Amt für Soziale Dienste
Hansator 11
28217 Bremen

Email: datenschutz-buergerservice@afsd.bremen.de

Zu welchem Zweck verarbeiten wir personenbezogenen Daten?

Wir verarbeiten Ihre Daten, um Ihren Antrag auf Unterhaltsvorschuss in Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgabe bearbeiten zu können.

Die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung findet sich in den §§ 67 ff. Sozialgesetzbuch X i.V.m. dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen.

Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir erheben und verarbeiten grundsätzlich nur die Daten, die zur Aufgabenerfüllung zwingend erforderlich sind. Hierzu gehören insbesondere Angaben zu Ihrer Person, zum Kind und etwaigen weiteren Kindern sowie zum anderen Elternteil und zur Vaterschaft. Wir benötigen zudem Angaben zum Unterhalt, zu Einkommen und Vermögen sowie zum etwaigen Erhalt sonstiger Leistungen. Ohne diese Daten können wir Ihren Antrag nicht bearbeiten.

Sofern wir um die Angabe von Telefonnummern bitten, ist die Angabe freiwillig.

Sofern die Angabe weiterer personenbezogener Daten freiwillig ist, machen wir dies im Rahmen der Datenerhebung entsprechend kenntlich. Es sind keine negativen Konsequenzen mit der Nichtbereitstellung dieser freiwilligen Daten verbunden. Allerdings kann die Nichtbereitstellung im Einzelfall die nachfolgende Kommunikation erschweren bzw. verzögern. Wenn Sie eine Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten abgeben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Werden meine Daten an Dritte weitergegeben?

Wir behandeln Ihre Daten vertraulich und geben diese nur dann weiter, wenn eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis besteht (z. B. kann es erforderlich sein, Daten an andere Behörden zu übermitteln – die Zulässigkeit prüfen wir jedoch vorab im Einzelfall unter Beachtung der Verschwiegenheitspflichten).

Wir geben Ihre Daten im Rahmen einer Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 DSGVO bzw. § 80 SGB X unter Umständen an Dienstleister weiter, die uns z.B. beim Betrieb der Onlineanmeldung unterstützen oder die eine Zuordnung der Anträge vornehmen, sofern nicht klar ist, welche Stelle für den Antrag zuständig ist. Unsere Dienstleister sind uns gegenüber streng weisungsgebunden und entsprechend vertraglich verpflichtet.

Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Wir löschen Ihre Daten, wenn diese zur Erfüllung der gesetzmäßigen Aufgabe nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen einer Löschung entgegenstehen.

Welche Rechte haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie nach dem Sozialgesetzbuch X (SGB X) verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung, sowie aus §§ 83, 84 SGB X.

- Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten. Die Einzelheiten ergeben sich aus Art. 15 DSGVO i.V.m. § 83 SGB X. Sofern Sie einen Antrag auf Auskunft stellen, bitten wir Sie, die Art der Sozialdaten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher zu bezeichnen.

- Recht auf Berichtigung und Löschung

Sie haben das Recht auf Berichtigung und Löschung. Näheres ergibt sich aus Art. 16 und 17 DSGVO sowie aus § 84 SGB X. Bitte beachten Sie, dass diese Rechte nur vorliegen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung. Näheres zu den Voraussetzungen ergibt sich aus Art. 18 DSGVO und § 84 SGB X.

- Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Näheres ergibt sich aus Art. 21 DSGVO und § 84 SGB X. Das Recht auf Widerspruch besteht

nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder sofern eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung von Sozialdaten verpflichtet.

- Recht auf Beschwerde

Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde Ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Für das Bundesland Bremen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Arndtstraße 1, 27570 Bremerhaven.

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Sie können sich bei Fragen oder Beschwerden zum Thema Datenschutz auch jederzeit an den Datenschutzbeauftragten der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wenden. Die Kontaktdaten lauten:

Dr. Uwe Schläger, datenschutz nord GmbH

Konsul-Smidt-Straße 88

28217 Bremen

Tel.: +49 421 69 66 32 0

Mail: office@datenschutz-nord.de